

Pressemitteilung

Mehr als 1 Million Kilometer Mehrleistung für Busse

Netzlücken mit zusätzlichen Bus-Verbindungen im Kreis Bergstraße geschlossen

Bei einer Veranstaltung der Lorsch SPD im Back- und Brauhaus informierte Karsten Krug die Zuhörer über seine Vorstellungen zu einem Wahlkampf für das Amt des Landrats. Dabei bezeichnete er unter anderem, dass das Verkehrskonzept im Kreis recht gut sei. Es seien mehr als 1 Million Kilometer Mehrleistungen erbracht worden. Durch die Schließung von Netzlücken sei die Fahrleistung im Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) um ein Drittel gesteigert worden. E-Busse seien mehr für den Stadt als den Landverkehr. Es werde aber ermittelt, welche Antriebe zukünftig geeignet seien. Durch den Ausbau der Infrastruktur gebe es dynamische Fahrgast-Informationen, WLAN in Bussen und Niederflurfahrzeuge.

Der von der SPD ins Leben gerufene Fahrgastbeirat befasse sich mit Barrierefreiheit, Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVPI), mit Bürgerbeteiligung und einer Analyse des aktuellen Kommunalen ÖPNV-Angebots. Eine Neudefinition des Grundverkehrskonzepts für den ländlichen Raum, eventuell mit Flexi-Bus im Odenwald solle im Juni verabschiedet werden. Das Thema Flexi-Bus werde aber eher zurückhaltend diskutiert. Moderne Busse seien klimatisiert und hätten eine optische und akustische Haltestellenanzeige. Es habe Verbesserungen gegeben auf der Schiene bei dem Rhein-Main-Neckar-Ried-Express, mit zusätzlichen Nachtverbindungen. Die S-Bahn-Stufe 2 auf der Riedbahn und Main-Neckar-Bahn komme im Dezember 2020.

Seit 2019 gibt es ein betriebliches Mobilitätsmanagement mit kostenloser Schulung und Information über Angebote und Nutzen des ÖPNV. Geprüft werde auch die Einführung einer „Tourismus-Card“ zur Steigerung des Tourismus im Odenwald. Diskutiert wurde auch die Frage der Radwege. Lorsch sei mit umliegenden Gemeinden gut vernetzt. Die Frage nach Einsparungen beim Linienverkehr wurde beantwortet mit dem Hinweis, dass der Kreis mit dem 30-Minuten-Takt gut vernetzt sei. Zur Überwald-Bahn gebe es eine Machbarkeitsstudie zu den Kosten und welche Zuschüsse es gebe. Die Draisine sei auf die Dauer keine Lösung. Nur am Rand wurde die Frage nach den Maßnahmen beim Auftreten des Corona-Virus behandelt. Da trage die Erste Kreisbeigeordnete die Verantwortung.

../2

Den Hinweis, dass in Luxemburg ab dem 1. März der ÖPNV kostenlos genutzt werden könne, beantwortete Krug mit den Kosten für den Kreis. ÖPNV und Schiene kosteten den Kreis etwa 4 Millionen Euro pro Jahr. Bei einem Stundentakt zwischen Lampertheim und Heppenheim fielen 0,5 Millionen und für Biblis-Groß-Rohrheim 1 Million Euro an. Die restlichen Finanzen kämen aus dem Fünf-Jahres-Budget Hessen. Ein Angebot ab 2022 müsse demnächst neu verhandelt werden auf der Basis des NVPI.

Ein Angebot zu einem Jahresticket von 365 Euro müsse diskutiert werden wegen der damit vermutlich höheren Kosten. Es gebe aber ein Schüler- und Senioren-Ticket des Landes Hessen. Die Andeutung, dass die Züge Bürstadt-Frankfurt nachmittags mit Senioren überfüllt seien, konnte nur mit einer Neubaustrecke beantwortet werden. Eine Elektrifizierung der Nibelungenbahn wolle der Kreis überprüfen lassen. Insgesamt müsse über eine solche Maßnahme für den Schienenverkehr nachgedacht werden aus Umweltschutzgründen. Ein Zuhörer kritisierte, dass es immer wieder zu Problemen gebe beim Umstieg von der Bahn auf den Bus. Züge seien oft verspätet, es gebe keine ausreichenden Informationen und dann erreiche man den Bus nicht mehr, der ja wegen des engen Fahrplans nicht warten dürfe. Der Landratskandidat kannte das Problem. Es werde im Fahrgastbeirat erörtert.

Die Frage nach den Kosten für ein Ruf-Taxi, unter anderem mit Wasserstoffantrieb, konnte Krug nicht ausreichend beantworten. Es dauere meistens 2-3 Jahre, bis eine neue Buslinie angenommen werde. Das gelte auch für ein Ruf-Taxi. Bis zum Jahr 2030 solle der ÖPNV dieselfrei und umweltfreundlich werden.

Da Karsten Krug auch Umweltdezernent ist, liegt ihm auch der Klimaschutz als heikles Thema nahe, nicht nur wegen „Friday for Future“. Er habe ein kleines Team zusammengestellt, das sich mit diesen Themen befasse. Was beschäftigt ehrenamtlich wirkende Fachleute, was benötigen sie, was kann verbessert werden? Das werde künftig vertieft diskutiert in Biodiversitätskonferenzen mit BUND, NABU, Streuobstwiesenrettern, Jägern, Landwirten, Kommunen. Ein Landschaftspflegeverband könne als zentrale Institution alles besser strukturieren. Es gelte, mittels Biodiversitätskonferenzen den Flächenverbrauch zu stoppen. Dass das nicht klappe, sehe man am Zusammenwachsen von Bensheim, Lorsch, Heppenheim durch Gewerbegebiete. Es müsse Alternativen geben zur Neubauvergabe von Gewerbeflächen, mit Rückbauverpflichtung. Prüfen, inwieweit Hallenbauten sinnvoll sind. Wie könne der Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen verbessert werden? Die ICE-Trasse und die Umfahrung der B38 nur mit Tunnel, eine zweite Infiltrationsanlage als Ausgleich für die ICE-Trasse. Der Landverkauf zugunsten industrieller Wertschöpfung ist zu günstig, minderwertige Böden sollten genutzt werden. In den Verkaufspreis müssten eventuelle Kläranlagenerweiterungen und die Kosten für die Kanalunterhaltung eingepreist werden.

../3

Karsten Krug spannte den Bogen noch weiter. Er verlangt eine Solaroffensive, die wirtschaftlich sinnvolle Möglichkeit Photovoltaik zu nutzen. Die im Kreis benötigte Energie müsse umweltfreundlich vor Ort erzeugt werden, bis 2030 solle der Kreis Energieautark sein. Dazu müsse auch das E-Ladenetz ausgebaut werden. Atomkraft in Biblis, sei kein Thema mehr, versicherte Krug auf Anfrage.

Die Biotopvernetzung im Kreis sei zu fördern, ein Konzept zur Waldaufforstung gehöre dazu und es müsse mehr „Grün“ auf öffentliche Flächen kommen. Familienkonferenzen zur Vernetzung und Einbindung verschiedener Akteure könne hilfreich sein, die angedachten Maßnahmen der Bevölkerung näher zu bringen. Künftig solle der Kreis digital vernetzt werden. Im sozialen Bereich müsse eine zentrale Stelle verantwortlich sein für die Anliegen der Bürger. Die könne dann die Fragen an die zuständigen Stellen weiterleiten. Betroffene dürften nicht „von Pontius zu Pilatus“ geschickt werden. Mit einem Sozialplan könne ermittelt werden, wie Geld ausgegeben werde und wie komme es bei den Betroffenen an. Die Eigenbetriebe Gebäudewirtschaft und Schulbau müssten wieder direkt in die Kreisverwaltung integriert werden.

Ein Gymnasium für Lorsch werde es nicht geben. Der Landrat habe das Thema zwar in die Öffentlichkeit getragen, dann aber wieder einen Rückzieher gemacht. Es gebe noch keine Planung für eine neue Grundschule in Lorsch, stellte ein Zuhörer fest. Er bekam zur Antwort, dass geplant werde und der Eigenbetrieb Mittel zur Verfügung habe.

Notwendig sei ein klares Konzept zur Integration von Flüchtlingen. Es müsse ein Leitbild entwickelt werden, unterstützt von einem echten Behindertenbeirat, zur Inklusion und das Ehrenamt sei zu fördern. Brigitte Sander und ihr Vertreter Marcel Claros bedankten sich bei dem Referenten für diese umfangreichen Investitionen.

Ω